

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: drei Gros monatlich 2,50 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, G.m.b.H., Halle, Perlebergstraße 14.

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung
Der Rote Stern

Anzeigenspreis: 10 Pf. für den mm Seite u. Spalte; 70 Pf. im Textteil. Manuskripte sind zu richten nach Halle (Westf.) 21046 (Westf.) 21047 (Westf.-Genr.) 22851. Verlag: „Der Klassenkampf“ Halle. Postkonto: Comma und Privat-Bank Halle; Friedmann & Co., Halle. Verteilung: Berlin 1068 48 Post-Kros., Halle.

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Montag, 19. März 1928

8. Jahrgang + Nr. 67

Arbeiterklasse gegen Ausbeuterklasse Deutschnationale Wahlköder

(Eig. Draht.) Berlin, 19. März.

Die „Welt am Montag“ berichtet über eine Sitzung der deutschnationalen Führer am 10. März unter dem Vorsitz des Grafen Weizsäcker. Unter anderem waren der Evangelische Arbeiterverein, der Deutschnationale Arbeiterbund, der Christliche Landarbeitersverband und der Deutschnationale Handlungshilfsverband vertreten. In dieser Sitzung wurde von den deutschnationalen Führern verlangt, daß sie unbedingt in soziales Programm herausgeben sollten, da es ihm unmöglich sei, die Arbeiter in den Verbänden bei der Stange zu halten. In diesem Programm sollen der Wirtschaftenstand im Prinzip anerkannt, formal von den Gewerkschaften abgerückt werden und vor allem eine stärkere Beschäftigung deutschnationaler Arbeiter bei der Mandatsverteilung zur Reichstagsliste stattfinden. Wozu hat in dieser Sitzung dringend geraten, mit einer öffentlichen „Opposition“ bis nach den Wahlen zu warten, da man jetzt an die Wahlaktion gehen müsse. Die anwesenden Vertreter der genannten Organisationen sollten ihren Mitgliedern mitteilen, daß man ihre Wünsche „wühlend kritisch“ würde.

Die diesjährigen Wahlen fallen in einen Zeitabschnitt, der besonders durch die starke Linksentwicklung der Massen, durch das Umwandeln von Hunderttausenden der Wähler von rechts nach links, durch eine steigende Radikalisierung besonders der Arbeiterklasse usw. gekennzeichnet ist. Diese Linksentwicklung spielt schon bei der Vorbereitung der kommenden Wahlen die Hauptrolle. Alle Parteien bemühen sich, diese Linksbewegung aufzuhalten und vor allem zu verhindern, daß sie sich durch die Gründung der kommunistischen Stimmengruppe zu Gunsten einer revolutionären Arbeiterpolitik auswirkt. Darum versuchen die Deutschnationalen mit dem neuen Bluff eines „sozialen Programms“, mit der leeren Versprechung der „stärksten Beschäftigung deutschnationaler Arbeiter bei der Mandatsverteilung“ die untreu werdenden Wählergruppen von dem Marsch nach links abzuhalten. Natürlich überläßt auch die Sozialdemokratie in der Aufstellung von radikalen Programmen alles bisher Dagewesene. Doch dieser Programmlärm vermag den schmuggelnden Kuhhandel nicht zu verdecken, der um die Kandidaturen für Reichstag und Landtag getrieben wird.

Auch im Bezirk Halle-Merseburg ist die Kauferei um die Kandidaturen bei allen Parteien im vollen Gange. Als Belohnung für die Auslieferung der Arbeiter-Druckerei in Halle an den Hauptvorstand der SPD, will dieser unbedingt die Kandidatur des halleischen Geschäftsführers Möller durchdrücken. Der linke SPD-Sekretär Peters macht nach den letzten schwachen Versuchen, das zu verhindern. Aber genau so wie er vor dem Parteivorstand bei der Auslieferung der Genossenschaftsdruckerei kapituliert hat, wird er auch in diesem Falle kapitulieren. Denn es geht um sein eigenes Mandat.

In der kommunistischen Partei ist dagegen die Aufstellung der Kandidaturen in vollster Einmütigkeit vorgenommen worden. Die Partei ging bei der Aufstellung von dem Prinzip aus, daß nur im revolutionären Klassenkampf bewährte Betriebsarbeiter neben dem altbekannten und bisherigen Abgeordneten auf die Liste gestellt werden dürfen. Wenn wir heute unsere Kandidatenlisten zu den Reichs- und Landtagswahlen der Deutschnationalen übergeben, sind wir von vornherein schon der festen Überzeugung, daß sie genau so mit dem besagten Befehl von der mitteldeutschen Arbeiterpartei aufgenommen werden, wie bei ihrer ersten Bekanntgabe auf dem außerordentlichen Parteitag in Halle.

Die kommunistische Partei ist die Partei der Ausbeuterklasse und Interdiktions, der Hand- und Kopfarbeiter. Sie ist aber auch die Partei des rücksichtslosen Kampfes gegen den Kapitalismus.

Wenn das mit irgend etwas bewiesen werden kann, dann besonders auch mit den nachstehenden veröffentlichten Kandidatenlisten. Da steht neben Wilhelm Koenen und dem Betriebsratsvorsitzenden des Rena-Werkes, der durch seine revolutionäre Arbeit besonders im Bergbau bekannte Genosse Hans Schröder, da steht neben dem Eisenbahner Gehhardt, dem Genossen Max Lademann

und dem Bergarbeiter Schlag der Zuchtshausanteile, der alte Menzel, der durch seine Arbeit für die politischen Gefangenen sich ein bleibendes Denkmal bei der gesamten deutschen Arbeiterschaft gesetzt hat. Da steht aber auch Schulz-Neuföllm, der im Auftrag unserer Partei jahrelang im Ausland gewesen ist, jetzt aber nicht zurückkehren kann, weil ihm die Sengen der deutschen Republik verfallen. Die Immunität wird ihm ermöglichen, seine organisatorische

Die Arbeiterkandidaten der KPD.

Die vom außerordentlichen Parteitag für den Bezirk Halle-Merseburg einstimmig gewählten und von der Plenartagung des Zentralkomitees Ende voriger Woche bestätigten Kandidaten der kommunistischen Partei Deutschlands für unseren Bezirk sind folgende Genossen:

1. Für den Reichstag kandidieren:

- Wilhelm Koenen, Halle-Berlin, Angestellter, Mitglied des Reichstages
- Johannes Schröder, Halle-Berlin, Elektromonteur, Politischer Leiter der KPD im Bezirk Halle-Merseburg.
- Heinrich Schmitt, Halle, Eisenbahner, Betriebsratsvorsitzender von Rena-Werk.
- Otto Brojomisch, Gerbitz, Bergarbeiter.
- Da Weigt, Torgau, Hausfrau, Stadtverordnete und Kreisratsmitglied für Torgau.
- Albert Häßler, Bitterfeld, Fabrikarbeiter, Betriebsratsvorsitzender in den Stickstoffwerken.
- Erich Behnte, Halle-Wittenberg, Fabrikarbeiter, Schriftleiter am „Klassenkampf“.
- Richard Richter, Halle, Bäcker, Gauleiter des Roten Frontkämpfer-Bundes.

Kraft, seine glänzende Redefähigkeit der deutschen Arbeiterschaft wieder zur Verfügung zu stellen.

Nimmt Stellung in den Betrieben, in den Gewerkschaften, Sport- und sonstigen Organisationen zu den Kandidaten der kommunistischen Partei. Bekanntlich zu ihnen und organisiert mit uns den Wahlkampf so gründlich, daß er ein Sieg wird auf der ganzen Linie über Reformismus und Koalitionspolitik, über Junkkapital und Bürgerblod, für den Kampfblod der Wertigen in Stadt und Land, für Lohnsteigerung und Achtstundentag sowohl wie für den Kampf um die Arbeiter- und Bauernherrschaft und den Aufbau des Sozialismus.

2. Für den Preussischen Landtag kandidieren:

- Gustav Menzel, Halle, Schuhmacher, der „Zuchtshausanteile“ der preussischen Landtagsfraktion der KPD.
- Max Lademann, Halle, Metallarbeiter, Mitglied des Preussischen Landtages.
- Otto Schlag, Deumen, Bergarbeiter, Betriebsratsvorsitzender aus Grube Schwitz.
- Karl Schulz, Neuföllm, der bekannte frühere Landtagsabgeordnete.
- Hermann Gehhardt, Delfisch, Eisenbahner, Vorsitzender des Gewerkschaftsstellens in Delfisch.
- Otto König, Unterröblingen, Kommunal früher Bergarbeiter.
- Karl Dertel, Halle, Angestellter, Vorsitzender des Bezirks- Arbeiter-Sportvereins.
- Gustav Naumann, Mühlberg a. d. E., Korbmacher, Landtagskandidat im Bezirk Torgau-Liebenwerda.
- Wilhelm Wolmann, Ummendorf, Holzarbeiter, Kreisratsmitglied im Saalkreis.
- Wilhelm Häub, Ramin, Chemiarbeiter, Kreisratsmitglied im Kreise Bitterfeld.

19. 3. 28

Stresemanns Abfuhr durch Tschitscherin

Die Hege des Reichsverbandes der deutschen Industrie

Nach einer Moskauer Meldung der „Rössijschen Zeitung“ erklärte Genosse Tschitscherin, daß die Verantwortung für die Unterbrechung der Berliner Verhandlungen ausschließlich auf deutscher Seite liege. Sie wurden auf Veranlassung der Reichsregierung eingeleitet und jetzt abgebrochen, nachdem es den deutschen Unterhändlern infolge der parlamentarischen Lage und der Regierungstreue nicht möglich war, sie erfolgreich fortzuführen. Die Verhinderung der Verhandlungen infolge nur ein Wort an für den Abbruch der Verhandlungen. Jeder Versuch, durch eine solche Taktik auf die Sowjetregierung in den Wirtschaftsverhandlungen einen Druck auszuüben, ist aber aussichtslos.

Die „Sowjetika“ hebt die Tendenz deutscher Regierungstreue hervor, die Verhinderung der deutschen Ingenieure hinsichtlich zu einem politisch folgenschweren Ereignis anzuhängen. Die Sowjetdelegation habe übrigens — natürlich aus ganz anderen Beweggründen heraus, als die Reichsregierung — schon am 12. d. M. die Unterbrechung der Verhandlungen vorgeschlagen. Seitens der Sowjetunion wurden bei diesen Verhandlungen, die im Zusammenhang mit einer sehr ernstlichen konterrévolutionären Aktion vorgenommen worden sind, alle Bestimmungen der Verträge auf das genaueste eingehalten. Die sowjetrussischen Unterhandlungsbeholden führen die Unterhandlung mit der Energie, die der Bedeutung des aufgedeckten konterrévolutionären Komplotts entspricht. Es kommt niemandem zu, diese politische Tätigkeit der Unterhandlungsbeholden zu beeinflussen. Die Ergebnisse der Unterhandlung werden in aller Öffentlichkeit veröffentlicht werden. Wenn die deutschen Behörden auf die Entwidmung freundschaftlicher Beziehungen zur Sowjetunion tatsächlich Wert legen, so sollten sie diese Ergebnisse ohne Herosität abwarten.

Zwei der deutschen Ingenieure freigelassen?

(USA) Moskau, 17. März.

Nach USA hat der Volkskommissar des Auswärtigen Tschitscherin dem deutschen Ingenieur Wagner freigelassen worden sind. Wann und ob die Freilassung der übrigen vier deutschen Ingenieure erfolgt, steht nicht fest.

*

(Eig. Draht.) Berlin, 19. März.

Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse macht einen unehrlichen Versuch, die Freilassung von zwei der Verhafteten in der Sowjetunion, einen Ingenieur und einen Monteur, so zu schildern, als sei es unter dem Druck der deutschen Drohungen erfolgt. Der „Vorwärts“ gibt sich die redliche Mühe, uns zu beweisen, daß hier nicht nur ein Sieg des energischen Schrittes der Reichsregierung, sondern auch ein „Zugewinn“ der Sowjetunion der „sozialistischen Anführer“ gegen die deutschen Ingenieure vorliegt. Demgegenüber sei noch einmal betont, daß die Freilassung der beiden Verhafteten auf Grund der Unterhandlungsergebnisse, vollkommen unabhängig von den deutschen Forderungen, erfolgt ist. Die Sowjetregierung lehnt irgendwelche Einmischungen deutscher Regierungstellen in die Unterhandlung nach wie vor ab. Als Beweis dafür dient auch die Tatsache, daß die Sowjetunion den aus der Haft entlassenen Ingenieur Goldstein aus der Sowjetunion ausgemietet hat. Er wird zusammen mit dem anderen freigelassenen Monteur heute die USA verlassen.

Es gehört die ganze Demagogie der sozialdemokratischen Führer dazu, bezüglich der Freilassung die Dinge zu verdrängen, als hätten die sowjetrussischen Behörden damit ihre gesamten Anstrengungen zurückgenommen.

Schafft Munition für den Wahlkampf

Zeichnet für den Wahlfonds der KPD., und fordert Marken und Listen durch die Parteileitungen an

Außenpolitische Wochenschau

Anklang in Genf — Russisch-deutscher Konflikt
Naher Osten

Die Genfer Völkerversammlung hat ohne große Sensationen ihr Ende gefunden. Nach der ungarischen Waffenangelegenheit, über deren Erledigung wir an dieser Stelle schon berichtet haben, kam noch eine ungarische Angelegenheit, nämlich der Diplomatentritt mit Rumänien auf die Tagesordnung. Um es kurz auszudrücken, handelt es sich um die Entschädigungsansprüche, die durch die rumänische Forderung des ungarischen Großgrundbesitzes an die rumänische Regierung gestellt haben. Eine formale Entscheidung wurde nicht getroffen — doch wurden die konkreten Bestimmungen des durchzuführenden Schiedsgerichtsverfahrens in einer Weise geregelt, die den ungarischen Großgrundbesitzern eine ausgiebige Entschädigung sichert. Teilweise war diese Entscheidung wohl die Frucht der freundschaftlichen Sympathie der englisch-deutschen-italienischen Gruppe für das schicksalreiche Ungarn, sollte wohl zugleich auch eine Art Strafe dafür sein, daß die rumänische Regierung bei all ihren Schwankungen sich nicht entschließen konnte, die kleine Entente und damit das französische Bündnisprinzip ernstlich zu verlassen und sich in ungarischen Interessen zu verfangen — sei es auch äußerlich schwach — als Sprecherin des französischen Volkes auftrat.

Aber offenbar fanden hinter der Diplomateneinstellung noch grundlegendere Probleme, als die der Konflikte zwischen den beiden imperialistischen Gruppierungen Westeuropas. Ueberall zeigt sich in dem Verhalten der Genfer und damit die technische Möglichkeit militärischer Operationen im Osten herbeizuführen — eine verstärkte Spannung im Verhältnis der imperialistischen Mächte zur Sowjetunion. In dieser Situation legen alle Imperialistischen großen Wert darauf, prinzipiell zu betonen, wie heilig ihnen jegliche unpolitische Neutralität ist. Und die rumänische Regierung, die über die oberste Verankerung dieses Tages die rumänische politische Führung übernahm, trübe die Schwärze der Lage durch die Aufnahme der Revolution entzweiten Privatgesellschaften zur Aufhebung dieses Urteils ausdrücklich erklärte, daß eine Entzweiung von Produktionsmitteln zugunsten des Staates den französischen Rechtsgründen widerspreche, so konnte man auch die Entzweiung ungarischer Großgrundbesitz durch die rumänische künftige Agrarreform nicht lo ohne weiteres billigen. Selbst entzweiten Kapitalisten keine Entschädigung, das scheint die Parole zu sein, unter der die nächste allgemeine Offensive der imperialistischen Staaten gegen die Sowjetunion — zunächst mit diplomatischen Mitteln — eröffnet werden wird.

Wenn die russischen Privatgesellschaften zu Unrecht entzweit wurden, so ist der Versuch, mit Hilfe ihrer die Interessen der Beamten des Reichs zu machen, die „höflichkeitsreichen Räuber“ an der Ausgiebigkeit der Beute zu verhindern und so wertvolle Gruben für den Tag zu konzentrieren, wo sie wieder ihren rechtmäßigen Selbstern Profit abwerben können. Die Sympathien aller Kapitalisten der ganzen Welt sind darum bei den Laboranten der russischen Bewegung zu liegen, die sich nicht nur für die rumänische Entschädigung bekämpfen, sondern auch die Entzweiung der Wirtschaften durch die Sowjetunion ablehnen zu wollen; in allen möglichen Formen werden diplomatische Schritte zur Vermeidung der Preissteigerung der verarbeiteten Saboteure unternommen, in der deutschen bürgerlichen Presse wird die ganze Welle als ein innerpolitisches Problem der russischen Bewegung dargestellt. Und schon besteht die Gefahr, daß die politischen Folgen der Angelegenheit, schon sprechen fast alle bürgerlichen Blätter von der Wahrscheinlichkeit eines Abbruchs der schon bestehenden deutsch-russischen Handelsvertragsbeziehungen.

Was tollend blüht aber am weitesten die Sozialdemokratie in das Horn der englischen Imperialismus, der mit allen Kräften auf den deutsch-russischen Bruch hinweist. Tag für Tag kann man im „Vorwärts“ lesen, daß die ganze Saboteurangelegenheit von der SPD erfinden worden sei, um die Unfähigkeit der russischen Wirtschaftsorganisation und ihr völliges Versagen beim Wirtschaftsaufbau zu veranschaulichen und so beizubehalten. Und schon findet auch der „Vorwärts“ (vom 14. März), daß man sich nach dem Spruche des russischen Arbeiters nicht den Beweis erhalten werde, ob die verarbeiteten Ingenieure Saboteure getrieben haben. Denn in Russland sieht die Demokratie, die Voraussetzung dafür, daß unter dem Druck der öffentlichen Meinung die Arbeiter auch gerade Schritte ergreifen (wie offenbar in Deutschland). Also auch in den Kampf für die Demokratie, gegen das Nihilismus, das die SPD, nicht gegen die Reichsarmee, sondern um die Reichswehr kämpfe, daß sie die „Landesverteidigung“ (des imperialistischen Deutschlands) nicht aufheben, sondern nur mit demokratischem Geiste erfüllen wolle. ???

Nach all die Lage im nahen Osten nicht geklärt. An allen durch einen Vorstoß aus Innerasien bedrohlichen Punkten sammeln sich englische Truppen, Flugzeuge und Kanonenwagen — aber bis heute liegt noch keine volle Klarheit darüber vor, ob der Vorstoß der arabischen Stämme tatsächlich von Tschand und der Gesamtheit der Wahabiten getragen wird, was zu seiner durchgreifenden Wirkung nötig wäre. Offenbar geht man auf beiden Seiten militärischen Zusammenstoß aus dem Wege und sucht noch zu verhandeln — aber wie lange? In Ägypten an hat sich jedenfalls der Widerstand der nationalen Bewegung gegen die englischen „Königlichen“ Bedingungen (vorläufige Besetzung des Landes durch englische Truppen, wobei Ägypten erst nach zehn Jahren das Recht erhalten soll, die Kontrolle über das Land zu übernehmen) mit welchem Erfolge — zu appellieren, erhalten soll ausgesprochen verneint: die neue Regierung wird ausschließlich dem „Wahd“, der Unabhängigkeitspartei, ohne Mitwirkung der mit England toteschließenden Liberalen, gebildet werden. Zunächst ist das nichts weiter, als eine Demonstration des Proletes. England ist hart genug um, mit der einzigen Zustimmung der arabischen Proleten, eine Truppen im Lande zu lassen. Aber wenn die arabische Freiheitsbewegung sich weiter befehen, wenn der mesopotamische Weg nach Indien gefährdet werden sollte, dann wird England alle Ursachen haben, sich wenigstens den Suez-Weg zu sichern und mit der arabischen Bourgeoisie, die ihm bei der Verteilung der Suez-Kanal in den Händen sein könnte, keinen Frieden zu machen. Und dann könnte die „höfliche“ Demonstration Ägyptens gegen den englischen Vertragszwang ihre Konsequenzen haben.

Senkt die roten Zähnen . . .

Gestern marschierte das Berliner Proletariat in großen Massen an den Gräbern seiner Märtyrerinnen auf. Die Kundgebung und Kranzniederlegung auf den Friedhöfen der Märtyrerinnen im Friedrichsdenkmal war ein Kampf- und Treuegebühre von Tausenden für die kommunistische Partei. Am Abend fanden in allen Bezirken Märtsiern statt.

Die SPD. opfert 300 Arbeiter für 6 Fememörder

Steigert den Kampf um die Befreiung der politischen Gefangenen des Proletariats!

Nach in der Morgenausgabe des „Vorwärts“ vom Sonnabend, dem 17. März, haben sich die Sozialdemokraten eine weit zahlreichere Anleihe zu wollen als die Kommunisten. Dieser Realitätsmangel des Herrn Dr. Rosenfeld war jedoch für jeden Kenner der Dinge von vornherein sehr durchsichtig. Das ganze bisherige Verhalten der Sozialdemokraten in der Anleihefrage ließ klar die Absicht erkennen, die Anleihe unter allen Umständen zu hinterziehen. Die kommunistische Voraussetzung in der ersten Sitzung des Rechtsausschusses hat sich jetzt voll erfüllt.

Die Sozialdemokraten haben am Sonnabend benutzt und mit Vorbedacht die Anleihe zugunsten der proletarischen Gefangenen zum Scheitern gebracht.

In der Sonnabend-Sitzung des Rechtsausschusses fanden nach vorheriger Zurückziehung der ursprünglichen Absätze 1 und 2 des vom kommunistischen Antrag zum Inhalt des Entwurfes der Deutschnationalen zwei Anträge zur Abstimmung. Der deutschnationale Antrag verlangte Strafhaft für alle Straftaten, die aus politischen Beweggründen begangen worden sind. — Der Sozialdemokratische Antrag sollte im großen und ganzen die Fassung der Deklaration des Reichspräsidenten zur — Anleihe der Reichsbeauftragten vom November 1918 übernehmen. Nach Erklärung des Staatsrechts Dr. Noel würde die SPD-Fassung eine ganze Reihe von Straftaten nicht mit in die Strafhaft einbeziehen, worauf die SPD, die Fassung ihres Antrages erneut aufstellte.

Für eine Reichsversammlung, die sich auch auf die Urteile der Gerichte der Länder erstreckt, stimmten Kommunisten, Sozialdemokraten, Deutschnationale und Deutsche Volkspartei (15 gegen 7 Stimmen bei einer Enthaltung). Der neugebildete demokratische Abgeordnete Dr. Frankfurter stimmte mit dagegen.

Hierauf wurde der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt, bei Stimmhaltung des Deutschnationalen.

Zum Antrag Hanemann beantragte die SPD, nach den Worten „aus politischen Beweggründen“ die Einschließung des Satzes „im politischen, sozialen und wirtschaftlichen Kampfe“.

Dieser Zusatz wurde gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt. Hierauf wurde der deutschnationale Antrag mit 15 gegen 8 Stimmen bei einer Stimmenthaltung in folgender Fassung angenommen:

Es wird Strafhaft gewährt für die zuerst des Infrastrafrechts dieses Gesetzes nach nicht in die Straftaten, die von Gerichten des Reiches und der Länder verhängt worden wegen Straftaten, die aus politischen Beweggründen begangen worden sind.“

Mit derselben Mehrheit wurde auch der Absatz 2 angenommen, der sich auf den Inhalt der Nebenstrafen, rüdfällige Geldbußen und Nebenfolgen bezieht.

Im Absatz 3 wurde der kommunistische Antrag, der die Worte der Schwärzen Reichsgesetz von der Anleihe aus schloß, gegen den Stimmen (SPD und KPD) abgelehnt. Einmütig angenommen wurde fast dessen folgender Absatz 3 des Antrages Hanemann:

„Ausschließen von dieser Strafhaft bleiben nur Personen, die wegen des Landesverrats (§§ 57 bis 93 des Reichsstrafgesetzbuches) oder wegen Verrats militärischer Geheimnisse (Gesetz vom 3. Juli 1924) verurteilt sind, wenn in den Urteilsgründen Eigentum oder gewinnbringende Absicht festgestellt ist.“

Dazu beantragte das Zentrum folgenden Zusatz:

„ebenso Personen, die wegen abweichender oder verlasteter Mordes oder Zeugnisses keine wegen Teilnahme an einer solchen Straftat verurteilt sind.“

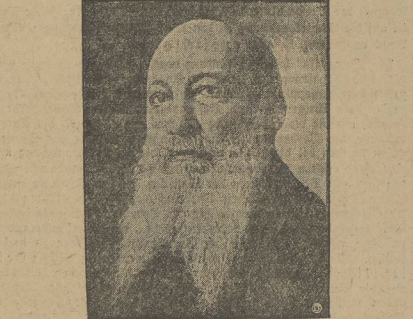
Für diesen Zentrumsantrag, der zahlreiche Proletarier, darunter Max Hoelz und Margies, von der Anleihe ausschloß, stimmten die Sozialdemokraten, Demotraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei, Banische Volkspartei und Wirtschaftspartei. (15 gegen 7 Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten.)

Ein deutscher Ingenieur berichtet der Hugenberg-Presse

Wie der Ingenieur des „Berliner Lokalanzeiger“, die Zeitung „Der Montag“, zu melden weiß, ist im Laufe des gestrigen Tages ein Diplomingenieur namens Hille in Berlin eingetroffen, der einem Berichterstatter dieses Blattes seine Eindrücke geschildert hat über die Vorgänge bei der Verhaftung der deutschen Ingenieure. Man muß diesen Bericht natürlich äußerst vorsichtig werten. Hille berichtet u. a. auch von einem Protestbrief hundert deutscher Monteur gegen die Verhaftung. Da bisher von keiner Seite eine solche Meldung vorlag, so klingt dieselbe wenig glaubwürdig. Im übrigen enthält die Schilderung Hilles nichts Neues.

Die Buchdrucker rufen zum Kampf

Die vom Deutschen Buchdruckerverein (Reinigungsorganisation) beim Reichsarbeitsministerium beantragte Verbindlichkeitszerklärung des letzten Schiedspruches für die Buchverleger im Buchgewerbe hat dazu geführt, daß der Reichsarbeitsminister die Parteien zu einer gemeinsamen Verhandlung bereits am 21. März im Reichsarbeitsministerium eingeladen hat. Die Parteien werden dieser Einladung folgen.



Großadmiral von Tirpitz

Erster Scharfmacher für das Fememörder hat 1916 vom Militär Würdigung bekommen, da seine reaktionären Pläne noch nicht einmal „Wilhelm von Doornik“ Wirkung fanden. 1924 wurde er als Deutschnationaler in die Reichswehr aufgenommen. In einem Schreiben an Graf Helldorf erklärt er, um neuen Reichstag nicht wieder fundieren zu wollen. Der Kurs der Deutschnationalen ist diesem „Abweichen“ nicht realistisch genug.

In der Gesamtbestimmung wurde dann der § 1 in dieser abgeschwächten Fassung mit dem neuen Entwurf der SPD und KPD, der gleich ist. Damit ist der Anleiheantrag der Kommunisten durch die Schuld der Sozialdemokraten vorläufig erledigt, sofern sie sich nicht bis zur zweiten Lesung, die am Dienstag stattfindet, noch eines anderen befähigen.

Dieser Zentrumsantrag, der dem Ausschuss ganz unvorbereitet vorgelegt wurde, scheint aber kein Augenblicksprodukt, sondern vielmehr vorher ausgiebiges Zentium und Sozialdemokraten in gemeinsamen Konsultationen vereinbart worden zu sein. Durch ihre Zustimmung zum Zentrumsantrag brachten die Sozialdemokraten klar und eindeutig zum Ausdruck, daß sie wegen der paar Fememörder bewußt von der Anleihe u. a. folgende proletarischen Gefangenen als Beschuldigte ausschließen wollen:

- 1. Max Hoelz (Lebensmittellieferer) (zweimal 12 Jahre Zuchthaus);
- 2. Margies (zweimal 12 Jahre Zuchthaus);
- 3. Gorn (8 Jahre Zuchthaus);
- 4. Reichardt und Genossen (12 Jahre, 8 Jahre, zweimal 6 Jahre und 5 Jahre Zuchthaus);
- 5. Seda Elsefelder Genossen (zweimal 12 Jahre, 11 Jahre, zweimal 10 Jahre und 7 Jahre Zuchthaus);
- 6. Sämtliche Mitglieder der Zentralde der SPD, und eine große Anzahl von ständigen Kommunisten, die der Anleihe von Zentium hinstellt, und die nach der bisherigen Rechtsprechung hohe Zuchthausstrafen zu gewärtigen haben;
- 7. Außerdem eine große Zahl von politischen Gefangenen, die seit 1920 von der Klassenjustiz wegen Täuschung verurteilt worden sind.

Die Schuld der Sozialdemokraten am Scheitern der Anleihe ist deshalb so groß, weil die Deutschnationalen wiederholt erklärt haben, daß ihre Zustimmung zu einer allgemeinen großzügigen Anleihe, die einen Schlußstrich zieht unter alles, was bis heute an politischen Straftaten vorliegt, mit der Einschließung über der Ausschließung der Fememörder von der Anleihe nicht vereinbar ist. Von den Fememördern sind nur wenige verurteilt. Dagegen sitzen noch weit über 300 proletarische Gefangene in den Zuchthäusern und Gefängnissen. Außerdem schweben noch mehrere hundert Strafverfahren gegen revolutionäre Proletarier, die zum größten Teil schwerer und schwerer Strafen zu gewärtigen haben.

Als im Gefängnis sitzenden proletarischen Gefangenen und alle noch nicht abgeurteilten revolutionären Arbeiter wären unter die Anleihe gefaßt, wenn die Sozialdemokraten mit den Kommunisten gegen die Ausnahmebestimmung des Zentrums gestimmt hätten.

Mit Rücksicht auf die Sachlage waren die Kommunisten entschlossen, die Anleihe nicht an den paar Fememördern scheitern zu lassen. Die Sozialdemokraten aber, unter deren Regierungsbefehl die Anleihe von Arbeitern in Berlin durchgesetzt wurde, ohne daß kaum je einem der Arbeiter ein Haar gekrümmt wurde, die Sozialdemokraten, die durch die Politik ihrer verantwortlichen Minister den Fememördern erst den Boden mitbereiten halfen, beharren jetzt bei

Fememörder als Bedingung für die Verfindung einer Anleihe, die mehreren Hunderten von Proletariaten die Freiheit und einer großen Anzahl die Niederlegung ihrer Verfahren erbracht hätte. Sie sind die einzig Verantwortlichen am Scheitern der Anleihe. Das muß laut in die Welt hinausgerufen werden. Das müssen die Arbeiter den sozialdemokratischen Saboteuren gründlich heimzahlen.

Bis zum Dienstag, wo eine zweite Lesung über die Anleiheantrag stattfinden wird, wodurch somit noch eine Korrektur zu heutigen ablehnenden Beschlußes möglich ist, müssen alle ehrlichen Proletarier in den Bezirken ihre Stimme laut und deutlich erheben, daß den Sozialdemokraten die Luft und der Mut zur Vollendung ihres erbärmlichen Schandtreibens gegen die proletarischen Gefangenen vergeht.

Eine am 17. und 18. März in Halle stattgehabte Konferenz der Bezirksleiter des Gau „An der Saale“ im Verbands der reinigten Buchdrucker lehnte den völlig ungenügenden Schiedspruch des Zentral-Schiedsrichters einstimmig ab.

Sie nimmt Kenntnis davon, daß die Reichspresse, entgegen ihrer ursprünglichen Haltung: der Ablehnung jeder Lohnverhöhung, die Verbindlichkeitszerklärung des gestellten Schiedspruches beantragt haben.

Die Bezirksleiter-Konferenz verlangt vom Reichsarbeitsminister, daß er den Antrag der Prinzipale ablehnt und der Gehilfen sofort dadurch die Kampffreiheit gibt.

Im letzten Moment verlangen die Unternehmer die Verbindlichkeitszerklärung des Schiedspruches, den sie selbst erst ablehnten des Beweis, daß ihre bisherige Haltung nur ein Manöver zum Täuschung der Buchdrucker war. Der Schiedspruch entspricht tatsächlich ihren Wünschen. Kennzeichnend ist die Haltung der Reichsminister in dem Reichsarbeitsministerium, in der sie vom Reichsarbeitsminister die Ablehnung des Prinzipalantrages verlangen. Damit wollen die Reichsminister einmal die Arbeiterpartei über Neutralität der Schlichtungsinstanzen vorführen und sich zum anderen mit dem Sinnweis auf eine mögliche Verbindlichkeitszerklärung den Rücken decken.

Buchdrucker, aufgepaßt!

Zulassung im Baugewerbe

Nach die Berliner Verhandlungen, sind nun auch die Lohnverhandlungen im Bezirk Berlin an dem schon abgelaufenen Standpunkt der Unternehmer verbleibt. Eine funktionierende Vermittlung des Baugewerksbundes verlangt vom Vorstand und Verhandlungskommission, an der aufgestellten Forderung weiter festzuhalten. Gefordert wurde für alle Gruppen eine Lohnverhöhung von 20 Pf. die Stunde, d. h. für Hocharbeiter 1,55 Mkt. (bisher 1,35 Mkt.), für Bauhilfsarbeiter 1,20 Mkt. (1,05 Mkt.) und für Tiefbauarbeiter 1,04 Mkt. (84 Pf.). Die Führer des Baugewerksbundes werden nun überall die Tarifarbeiter anrufen. Nach den bisherigen Erfahrungen werden diese die Forderungen der Bauarbeiter ebenfalls zurückweisen. Es ist also höchste Zeit, daß die Arbeiter des Baugewerks zum Kampf auf der ganzen Linie mobilisieren.

Schiedspruch im Schneidergewerbe

Der Reichsarbeitsminister hat die 50.000 Sorten- und Damen Schneider, wurde von beiden Parteien angenommen. Er sieht folgende Spitzensöhne vor: Für Herrenschneider 1,15 Mkt. für Damenschneider 1,27 Mkt. und für Schneiderrinnen 95 Pfennig.

Die am Sonnabend verbreitete Meldung von der Reife Reichsminister, des Berliner Buchdrucker der Sowjetunion, nach Moskau zur Berichterstatter über den ungenügenden Eindruck der Verhaftungen der deutschen Ingenieure wird widerlegt.

Stadt Halle

19. März 1928.

Seydels Vermächtnis

Die Aufstellung des Haushaltsplanes 1928

Donnerstag in die Wahlkundgebung der SPD!

Protest gegen den Abbruch der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen! — Für die Amnestie!

Die ehemaligen Mitglieder Arbeiterpartei Seiner, Aid, Lindner, Huber, Geisel, Greiner und Steidl folgen der Einladung der Gewerkschaften, einen mehrwöchigen Erholungsurlaub in Ausland wahrzunehmen. Ab 1. März sind diese Genossen im Justizhaus Straßburg gemäß worden. Endlich mußten sie doch freigelassen werden.

Auf ihrer Durchreise durch Halle werden sie am Donnerstag, dem 22. März, abends 8 Uhr, im großen „Vollspart“-Saal eine große Kundgebung abhalten.

Es sprechen die Genossen Lindner, Aid und Steidl. Zur Frage des Abbruchs der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen spricht Genosse Johannes Schröder.

Um 7 1/2 Uhr Empfang der Wählergenossen auf dem halleischen Hauptbahnhof.

Arbeiter und Arbeiterfrauen von Halle! Beteiligt Euch geschlossen an dem Empfang und an der Kundgebung der Münchener Arbeiterpartei. Jetzt durch Euren geschlossenen Aufmarsch, daß Ihr den Kampf gegen Klassenhass und bürgerliche Gesellschaftsordnung weiter vorwärtsstreben wollt.

SPD, NSD, KPD, KZPD, KZPD.

Wem gehört die Reihnitz-Spielwiese?

M. A. Es ist unendlich, daß die ewigen Lebensschicksale Auseinandersetzungen zwischen dem Magistrat auf der Reihnitz und den Sportlern so weitergehen können. Es ist nicht das erstmal, daß dort willkürlich den Arbeiterportierereine das Ausbleiben ihres Sportes unmöglich gemacht wird. Ich bin kein Sportler, aber eifriger Zuschauer jeden Sportes auf der Reihnitz-Spielwiese. Es ist mir bereits an den Sporttagen aufgefallen, daß die Schutzhunde nur den einen Teil der Wiese besetzen. Gestern habe ich den wahren Grund erfahren.

Mehrere Arbeiterportierereine durften auf Geheiß des Platzwärters keine Spiele austragen. Die Wiese lieg zu nah. Dagegen will ich mich nicht wenden, obwohl dieser Grund ansehbar war. Die eine Seite der Wiese, die nördliche, war spielfähig, aber es darf dort kein Arbeiterportierereine

spielen, denn der bürgerliche Bodenfuß hat aus eigenen Mitteln den Platz wegschleppen lassen und besetzt dafür Parkbänke. Wie ist das möglich?

Wir ist von keiner Verpachtung der Reihnitz-Spielwiese bekannt.

Traurig genug, daß schon die „feudalen“ Tennisclubs dort Rechtsgelände besitzen. Soll nun auch der bürgerliche Bodenfuß auf der Reihnitz Parkgelände erhalten? Ich fordere die Arbeiterportierereine, sich dagegen zu wenden. Auch die kommunistischen Stadtverbände seien darauf hingewiesen. Sie haben wenig Verständnis bei diesem Magistrat in der Frage des Arbeiterportes gefunden. Laßt Euch nicht das letzte Recht benehmen und fordert die Spielwiese für die Öffentlichkeit!

Vorsicht!

Paragraf 308 des Strafgesetzbuches, Artikel 5, bestraft: „Mit 60 Mark Geldstrafe oder 14 Tage Gefängnis wird bestraft: Wer Scheunen, Ställe, Wäden oder andere Räume, welche zur Aufbewahrung feuergefährlicher Sachen dienen, mit unvernünftigem Feuer oder Licht betreibt, oder sich benachteiligt mit unvernünftigem Licht oder Feuer nähert.“

Was versteht man nun unter „unvernünftig“ Licht oder Feuer? Darüber fällt das hiesige Schöffengericht folgende prinzipielle Entscheidung:

Wegen schuldiger Brandstiftung hatte sich der Kängierer K. zu verantworten. Bei K. mußte der Küchenofen gereinigt werden. Dazu benötigte man bekanntlich, um dem Neuzugriff gründlich zu Leibe gehen zu können, ein Stroh Dröck. K. bezog sich auf den Boden und es besaß ein Feuer, wobei er die Strohkompe mit, künzte sie in der Bodenkommer an einen Nagel und hing fleißig an zu lüften. Plötzlich, o Schreck, löste sich der Nagel, K. konnte zum Glück die fallende Lampe auffangen. Eine halbe Stunde, nachdem K. die Bodenkommer verlassen hatte, erlöste Feueralarm in der Bodenkommer. Die Bodenkommer mit Feuer auszubrennen, und K. Bodenkommer stand in Flammen. Die schnell herbeigerufene Feuerwehr löschte den Brand.

Durch die Reueauskunft konnte dem Angeklagten nicht nachgewiesen werden, obwohl das Feuer in seiner Bodenkommer ausgedornt worden war, daß durch kein Verschulden der Brand ausgedornt ist. Der Anklagepunkt schuldiger Brandstiftung mußte fallengelassen werden, dagegen wurde er, auf Grund des § 308 a einer Geldstrafe von 15 Mark zu verurteilen. Die Küchenlampe ist also unvernünftig Licht. Darum betreibt mit einer Küchenlampe die Bodenkommer nicht.

Ein Jahr Gefängnis wegen Meineides

Die letzte Verhandlung der augenblicklichen Schwurgerichtsperiode beschäftigte sich wiederum mit einer Anklage wegen Meineides. Und wenn man die Tagesanordnungen der heutigen Schwurgerichtsperiode ansieht, so kann man immer wieder feststellen, daß sich die Schwurgerichte fast ausschließlich mit Meineidsverfahren beschäftigen. Der Angeklagte, ein als Zeuge in irgendeinem Prozeß Bernomener, wird in der Regel dann höher bestraft, als der, in dessen Prozeß er als Zeuge aufgetreten ist. Schuld daran trägt in vielen Fällen die Natur der Richter, Zeugen zu vernichten.

Angeklagt war der Heizer Richard Hopfe aus Interfelden. Er war in einem Prozeß einer ehemaligen Geliebten, die wegen Mordes verklagt, als Zeuge vernommen worden. Genau in derselben Zeit wie der andere, hatte auch er mit dem Mädchen Geschlechtsverkehr gehabt. Das Mädchen war „gegrünelt“ Leibes geworden und hatte als Vater den anderen angegeben. Am Vorabend man darüber, daß aber auch er der Vater sein könnte. In dem oben erwähnten Prozeß vom Gericht darüber befragt, kreuzte er unter Eid ab, in der Empfangszeit mit dem Mädchen Verkehr gehabt zu haben. Im Wirklichen hat er tatsächlich mit dem Mädchen in der fraglichen Zeit Geschlechtsverkehr gehabt. Hat er doch geschworen, als das Mädchen schwanger ging: „Wid ich ein Junge, so muß er Mörder werden, wird es ein Mädchen, so gebe ich eine Viertel Lonne Bier aus.“ Zu seiner Verteidigung machte er nun geltend, daß ihm die Bedeutung des Gibes nicht klar geworden ist, daß er, als er bei der Bekehrung des Wort „Zufußens“ hörte, nämlich topflos geworden und in höchste Erregung geraten ist. Was Gericht glaubte ihm nicht. Auf 1 Jahr Gefängnis lautet das Urteil.

Achtung, Metallarbeiter der Verwaltungen: Halle Halle!

Mittwoch, dem 21. März, abends 7 Uhr, im „Vollspart“-Generalversammlung. Die gesamte Metallarbeiterchaft, vor allem die Rotlegen in den Werkstätten des Sanitätswesens, müssen geschlossen aufmarschieren.

Herr Seydel geht über er hat uns sein Vermächtnis hinterlassen. Am 12. März 1928. Seydels Vermächtnis wurde ihm die Ehre zuteil, die Aufstellung des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1928 zu übernehmen. Geschieht in dieser Bericht allerdings mit den Namen Kie, M. a. g.

Es ist eine unabweisbare Tatsache, daß auch das Jahr 1928 die Auswirkungen der Gehaltserhöhungen bringen muß. Bei den ersten Verhandlungen des Stadts in im hiesigen Stadtparlament gefand Herr Kie selbst ein, daß sich in der kommenden Jahre nicht die hällische Einwohnerzahl bemerkbar machen würden. Jetzt hört man plötzlich nicht mehr davon. Man hat also die Bevölkerungsgang untergebracht und sei es dadurch, daß man wichtige Ausgaben einschränkt, natürlich solche, die auf dem Gebiet des öffentlichen Lebens des Wohnungsbauwesens und anderer gerade für die wertvolle Bevölkerung notwendiger Ausgaben liegen. Demgegenüber wird es geradezu ein Höhepunkt, wenn die Begründung für die Aufstellung des Etats mit der Behauptung beginnt, daß davon nicht die Rede sein könne. Denn was will es „hauswirtschaftlichen Ausbau des Haushaltsplanes“ sind keineswegs „wie hier und dort vielleicht gefordert werden möchte, in den besonderen kommunalen und finanziellen Verhältnissen unserer Stadt zu suchen“. Diese solche Redensart ist unserer Ansicht nach einfach eine Verschleierung des wirtlichen Zustandes, und wir gehen allerdings an, daß wir zu denen gehören, die „hier und dort“ folgern, daß die „Bescheidenheit“, die der Magistrat diesmal so lieblich angelehrt hat, auch aus den besonderen kommunalen und finanziellen Verhältnissen unserer Stadt, nämlich aus den Stadtverhältnissen, resultiert.

Beigedehnt ist eine Aier und bildet diesmal den Schwerpunkt der Betrachtungen um diesen besetzten es als „erweitertes Bemühen“ um Erhaltung des Wohlstandes und unentbehrliche an neuem kommunalen Gute hinzuzufügen.

Wir meinen, das alternativenbiste besteht darin, unserer Stadt die solche Stadtverordnermehrheit hinzuzufügen, daß vom Dornenkrone mit seinem Magistrat nichts mehr übrig bleibt. Der Haushaltsplan bemüht sich, für die hässliche Finanzlage unserer Stadt die allgemeine schlechte Lage der Städte anzudeuten. Wir haben schon gesagt, daß für Halle nicht nur die allgemeine schlechte Lage der Städte maßgebend ist, aber wir sind ebenfalls davon überzeugt, daß die wirtschaftliche Lage der Städte in ihrer Gesamtheit die Mittel erlaubt hat, damit diese auch nur ihren einfachsten Anforderungen gewachsen sein könnten. Es ist nach Schatz der Wohnhausbau schon eine Luxusangelegenheit, der mit Auslandsreisen nicht finanziert werden dürfte.

Der Magistrat hat ganz richtig eingesehen, daß es nicht besser, sondern schlimmer geworden ist, leitend Parker Hilbert und sein Anwalt, der Reichsanwalt Dr. Schatz, in die deutsche Kommunalpolitik einsehend hineingerat haben.

Der Haushaltsplan drückt das folgendermaßen aus: „Geben schon die Verhältnisse um diesen Haushaltsplan Anlaß, dieses Reifestreben gegen die Städte zu verurteilen, so ist es damit im letzten Jahre noch schlimmer geworden. Schienen sich damals weniger Anlässe zu einem besseren Verständnis für die Lage der Städte bei Handel und Industrie zu zeigen, so haben die in ihrer Verfallgemeinerung und Entfaltung von Einzelfällen ebenso unbedeutend wie von Schichten die unbedeutenden Anlässe des Reichspräsidenten das Mühen und die Gerechtigkeit der Wirtschaft gegen die Städte von neuem und verärgert wachgerufen.“

Wegen Brandstiftung verurteilt

Der hiesigen Schöffengericht hatte sich der Kaufmann Gotze aus Grödenhainchen wegen Brandstiftung zu verantworten. Ende vorigen Jahres brannte die Scheune Staltes nieder. Dieser hatte das Gebäude kurz vorher mit Feuer beheizt, obgleich er mußte, daß es auf polizeiliche Anweisung niedergelegt werden sollte. Gotze hatte keinen Zweifel, daß Staltes der Brandstifter ist, und erkannte auf ein Jahr zwei Monate Gefängnis, unter Zustimmung mildernder Umstände.

Die Einwohnerzahl von Halle

hielt sich im Februar 1928 wieder über der 200 000-Personen-Grenze, obgleich der Februar sonst ein ausgezeichneter Referatmonat für Halle zu sein pflegt. Die Einwohnerzahl ist von 201 109 Personen am 1. Februar auf 202 223 Personen am 1. März gewachsen.

Wir verdanken diesen — an sich unbedeutenden — Zuwachs hauptsächlich dem Anstrome, daß der Junge nach Halle, der sonst im Februar merktlich unter dem Fortzug bleibt, in diesem Jahr den Fortzug etwa zur Hälfte um den oben erwähnten Monatszuwachs übertrug, denn Junge und Fortzug betragen für Halle

im Februar 1928: 1721 Zugogene und 1633 Fortgezogene, dagegen im Februar 1927: 1452 Zugogene und 1654 Fortgezogene, und im Februar 1926: 1430 Zugogene und 1780 Fortgezogene.

An zweiter Stelle steht der ungewöhnlich günstige Ueberstich der Gewalter über die Sterbefälle im Februar 1928. Bei 263 Lebendgeburt in der hällischen Wohnbevölkerung sind im Februar 1928 in eben diesem Monat verstorben, so daß ein absoluter Geburtenüberschuss von 91 Köpfen entstanden ist, während in den vorangegangenen Jahren gerade im Februar mit seinem oft ungelungen Wetter die Sterbefälle meistens die Zahl der Geburten heranzumalen.

Der Schilling spielt hierbei für den Februar 1928 seine außergewöhnliche Rolle. Von den 10 in Halle am 29. Februar 1928 geborenen Kindern waren zwei Totgeburten, so daß 8 Lebende blieben. Von diesen blieb 2 an überstrebenden Müttern toten, rechnen also für die Einwohnerzahl nicht mit. So bleibt aus dem Schilling ein absoluter Geburtenüberschuss von 8 Kindern, dem nur ein Schilling dseselben Tages in der einheimischen Bevölkerung gegenübersteht.

198 leerstehende Wohnungen in Halle

Am Freitag veröffentlichen wir eine Reihe über leerstehende Wohnungen, die neben der wohnungswirtschaftlichen Bedeutung fast interessanter, wie gerade deshalb nochmals in allen Einzelheiten auszuweisen.

Leerstehende Wohnungen in Halle! Müde das wirklich den Tatsachen entsprechen, dann könnte sich die Stadt glücklich freuen. Es handelt sich hier jedoch nur um eine statistische Feststellung, und wie wertlos solche amtlichen statistischen Erhebungen in der Praxis sind, das beweist wieder einmal dieser Schwindel über angeblich leerstehende Wohnungen.

Nach Mitteilungen des preussischen Statistischen Landesamtes wurden in 80 großen und mittleren Städten des Freistaates Preußen insgesamt 3 090 342 Wohnungen gezählt. Hieron sollen nach den amtlichen Erhebungen am Stichtage (16. Mai 1927) nicht weniger als 9703 Wohnungen leerstehend haben. In Halle zählte man insgesamt 52 325 Wohnungen, wovon 198 unbesetzt gewesen sein sollen.

Betrachtet man jedoch die herausgegebenen amtlichen Tabellen einmal näher, dann läßt sich müheles feststellen, daß die leerstehenden Wohnungen in unserer Stadt nur auf dem Papier zu finden sind. In Wahrheit jedoch kann der Wohnungslöse, soweit er in Halle besteht, nur ein sehr geringer Teil der leerstehenden Wohnungen sein. Geht man dem Schwindel einmal nach und lüchelt die „leerstehenden“ Wohnungen, dann finden wir aus dem unübersichtlichen Tabellenkammer.

Dies ist jedoch nur eine halbe Erkenntnis. Die „Anlässe zur Verdrängung der Städte mit Handel und Industrie“ werden nicht wegen Entleerung von Einzelfällen und geringer Schichten beschränkt, sondern dies ist bewußte Verdrängung aller kommunalen Anlieherforderungen, damit die Privatkapitalisten alles Land kann, die höchsten Betriebe zugrunde gehen und das Monopol den Privatkapitalisten überlassen bleibt. Dazu kommt, daß diese Privatkapitalisten möglichst die ihr nunmehr zugeführten Auslandsverträge mit unerschöpflichen Zinsausflüssen für sich und „großmütig“ an die Kommunen weiter verleihen, um ein neues Anlieherverhältnis zu schaffen.

Aber dem Magistrat ist noch eine weitere Erleichterung gekommen, nämlich die, daß zwar eine andere Verteilung der Einkommensteuer und der Schulden stattfinden wird, daß aber den Kommunen mit diesen „Teillösungen“ nicht geholfen ist. Wir haben ja schon immer gesagt, daß mit Teillösungen überhaupt nichts getan ist, aber im kapitalistischen System, das nur die Interessen der Ausbeuterklasse wahr, wird es immer nur Teillösungen vorzunehmen versuchen, um an einer Ecke zuzufußern, was an der anderen schon wieder kaputtzetreten muß.

Gelände Kommunalpolitik kann es nur in einem sozialistisch aufgestellten Staat geben, wo die Erfordernisse der wertvollen Bevölkerung auszufolgende sind, nicht aber Profitinteressen von Privatbesitzern an den Produktionsmitteln.

Der Magistrat, der den Haushaltsplan verantwortlich zeichnet, hat sich bestimmt nicht überlegt, daß er mit feiner Kritik an den Teillösungen sein eigenes Weisheitsbild über den Haufen wirft. Er trägt durch seine Politik ja auch nur dazu bei, dieses Verfallensschicksal von Teillösungen beizubehalten. Und nicht unter der Hand, im Verborgenen, in der Praxis auch nur die geringste Teillösung zu verhindern. Die kommunalen kommunalen und volkswirtschaftlichen Hände im vorigen Jahr an den höchsten Gütern und die Verpachtung anderer höchster Wirtschaftswirtschaft, alle in lommernder Zeit noch übertrieben werden durch die Verdrängung der höchsten Werte, durch ihre Umwandlung in eine Wirtliche Wirtliche. Dies plant der Magistrat, obwohl er in seiner Begründung des Haushaltsplanes nachher ein Verfallensverworfen hat, gleich die profanische Bemerkung aufweist,

daß die Selbstverwertung als geliebte und billige Form öffentlicher Verwertung wieder in ihre alten Rechte eingekerkert werden muß.

Diese Forderung an Reich und Staat gerichtet, bleibt eine Forderung, die Selbstverwertung, die kommunale Rechte, vom Magistrat eigenhändig da abgebaut wird, wo es möglich ist, hat, je nach den Richtungen hin zu lücheln und zu hegen.

Der Schrei nach dem Finanzausgleich ist nicht aus in diesem Jahre wieder durch die Haushaltsplanbegrenzung. Er wird ebenso vergeblich verhalten wie bisher. Weil es in die Parteileute unseres bürgerlichen Magistrats sind, die den Finanzausgleich zumunten der Städte verhindern. Dieses Doppelspiel aufzuführen, sollte unterer Anstalts sein, denn wir uns mit den einzelnen Stadtteilen und den Steuern befaßt. Die kommunalen kommunalen und volkswirtschaftlichen Wirtnermeister und solche, die es werden wollen, verweigern der hällischen Bevölkerung demnach, daß es die Wirtnermeisterparteien sind, die letztendlich die Selbstverwertung in den Städten unterdrücken und den Finanzausgleich auf den Wirtnermeisterparteien, die kommunale Wirtnermeisterparteien, und wird diese Festhaltung für uns eine sehr wichtige Waffe bleiben.

daß von den 198 „leerstehenden“ Wohnungen 50 noch oder bereits wieder vermietet werden

108 Wohnungen standen zur Verfügung des Wohnungsamtes und wurden nicht nur am Stichtage an sogenannte Wohnungslöse abgegeben. 31 Wohnungen waren aus sonstigen Gründen nicht vermietet, somit gelangt werden soll, daß diese Wohnungen entweder teurer sind, daß nur Reichliche sie beziehen können, oder aber daß es sich hierbei um sogenannte Doppelwohnungen und Sommerwägen, irgendwelche Gewölbe handelt, also Räume, die einzig leer stehen, und über die das Wohnungsamt trotz der Wohnungsnot kein Verfügungsrecht hat. Von den 198 „leerstehenden“ Wohnungen bleiben nun noch neun übrig, die auch wirklich leerstehen, weil sie — baulällig sind, wenn sie inzwischen überhaupt nicht schon abgerissen oder eingestürzt sind. Die jährliche Lösung des Exempels ergibt also,

daß nicht eine einzige Wohnung in dem Einne frei steht, daß die von den zahllosen Wohnungslösen unserer Stadt bezogen werden könnte.

Nach etwas verdient hervorzuheben zu werden: Das Statistische Landesamt registriert allerdings nur leerstehende Wohnungen, die buaulig sind, daß sie nicht mehr vermietet werden können. Es zählt in ganz Halle 52 325 Wohnungen. Als Wohnungen sind auch jene Stöhlen und hinteren Wäden mitgezählt, gegen die ein einigermaßen müttergültiger Schmeißer ein Salon ist. Alle

NSD, Kameraden!

Alle im Metallarbeiterverband organisierten NSD-Kameraden gehen am Mittwoch, dem 21. März, abends 7 Uhr in die Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes.

Glomburgern, Genscherde, alle Bruckhären der Tuberkulose werden mit freier Ein als „Wohnungen“ bezeichnet, aber wie aus der Statistik hervorgeht, sind in dem fraglichen alle nur zwei Wohnungen wegen Bauqualität leergeräumt worden. Sicher würden zehnmal soviel Wohnungen leergeräumt, wollten alle die wenigen die gezeugen sind, oft mit einer Familienoberlast von sechs, acht und noch mehr Personen einen einzigen dumpfen Raum zu bewohnen. Diese erbärmlichen Zustände ist angestrebt im Interesse der Hausbesitzer der Nachweis zu führen, daß die Wohnungsnot gar nicht so groß“ ist und die Aufhebung der Wohnungswirtschaftsreform erfolgen kann. Die wertvolle Bevölkerung und besonders die Wohnungslösen müssen sich gegen solche Betrugsmethoden ganz entschließen wehren. Einreichende Gelegenheit bietet sich hierzu bei der nächsten Sitzung des Wohnungsamtes, wo jeder Wertvolle seine Stimme der kommunalistischen Partei, die allen richtungslos die Interessen aller Wertvollen vertritt.

Das Tiefbauprogramm der Wohe

In der Woche vom 19. bis 24. März, 1928 werden von ihm, im Auftrag der hällischen Tiefbauverwaltung nachstehende größere Neubebauungen des Innenhofes Weges, Mananer Weges und der verlängerten Benndorfer Straße, Verabfolgung des Bürgersteiges und Verbreiterung der Fahrbahn der unteren Leipziger Straße vor dem Ritterhaus, Verbreiterung des Flugfeldes im Friesenpark-Salle-Leipzig, Verfertigung eines gemauerten Sammelkanals in den geplanten Straßen 7^a und 7^b zwischen Troitzsack und Wäffler Straße.

Arbeiter-Gängehoren, Heute abend 8 Uhr 2. Baß, Dienstag 1. Baß, Mittwoch 1. Tenor, Donnerstag 2. Tenor. Eintritte. Um vollständiges Erscheinen ersucht der Vorstand.

(Fortsetzung des letzten Teiles im Hauptblatt Seite 4)

Der rationalisierte Stahltrüft

Nachdem die Vereinigten Stahlwerke, der Ruhrmontantrüft, vor etwa zehn Tagen den Abschluß ihres mit dem 30. September 1927 zu Ende gegangenen zweiten Geschäftsjahres veröffentlicht haben, wird jetzt der Geschäftsbericht bekannt gemacht. Der Abschluß und die Bilanz zeigen bei einer unerwarteten Dividende von 6 Prozent einen zugehörigen Vermögenszuwachs an Bergwerken und Hüttenanlagen von 72 Millionen Mark. Der Geschäftsbericht führt aus, wie im einzelnen die Vereinigten Stahlwerke, unter härtester Durchführung der kapitalistischen Rationalisierung, ihre Trüftstruktur und ihre Produktion auf Kosten des ihnen gehörenden Riesenheeres von Arbeitern und Angestellten ausgedehnt haben.

Der Geschäftsbericht beginnt mit einer Aufzählung der Stilllegungen von etwa 16 Schmelzöfen, einigen Kotteln und Trüftanlagen, mehreren Hochofen, Stahlwerks- und Walzwerksanlagen. Doch diese Stilllegungen haben nur den Arbeitern geschadet, die dadurch brotlos geworden sind. Der Ruhrmontantrüft als unumwunden herrschende Kapitalmacht hat diese Stilllegungen dazu benutzt, um seine Betriebe zu konzentrieren, sie gründlicher auszubauen, seine Kapitaltrüft zu festigen.

Wie ihm das im einzelnen gelingt ist, darüber geben die Produktionsziffern seiner Zechen- und Hüttenanlagen deutliche Auskunft.

Die Kohlenförderung

Ist von 11,8 Millionen Tonnen in dem allerdings nur sechs Monate umfassenden Geschäftsjahr auf über 26 Millionen Tonnen im zweiten gestiegen; die Kohlerzeugung von über 3 Millionen Tonnen auf 8,2 Millionen Tonnen. Auf den Kottelbearbeitungsanlagen war die Förderung der Zechen mit 85 792 Tonnen um 11 Prozent höher als im ersten Geschäftsjahr, die Kohlerzeugung mit 22 470 Tonnen um 34,1 Prozent.

Die Gesamtförderung der Stahltrüftzechen im zweiten Geschäftsjahr erreichte 21,79 Prozent aller Zechen des Ruhrgebiets, die Kohlerzeugung lagar 27,55 Prozent.

Ueber die Nebenprodukte im Steinkohlenbergbau bringt der Bericht nur allgemeine Angaben. Wichtig ist hier vor allem die Beteiligung des Stahltrüfts an der Mittelschicht für Kohlenverwertung mit 21,5 Prozent des Mittelschicht. Die Mittelschichtgesellschaft für Kohlenverwertung ist drauf und dran, durch die Gasföhrerzeugung ein Monopol in Deutschland zu erringen.

Die Hoheisenherzeugung

Das Stahltrüft hatte sich von 2,27 Millionen Tonnen im ersten Geschäftsjahr auf 6,35 Millionen Tonnen im zweiten, die Hoheisenherzeugung von 2,53 Millionen Tonnen auf 6,83 Millionen Tonnen erhöht. Die Gesamtproduktion an Walzstählen ist von 1,92 Millionen Tonnen auf 4,99 Millionen Tonnen gestiegen.

Vergleicht man diese Steigerung der Kohlen- und Eisenproduktion des Stahltrüfts mit der Arbeiterzahl, so ergibt sich eine gewaltige Erhöhung der Leistung auf den Kopf des Arbeiters herdent.

Die Zahl der Arbeiter und Angestellten

Stand	Arbeiter	Angestellte	Zusammen	Donan	Steinkohlenbergbau
30. 9. 26	172 767	15 301	188 068	83 771	4999
30. 9. 27	183 179	15 740	198 919	88 730	5173

Die Zahl der im Bergbau beschäftigten Arbeiter ist danach im zweiten Geschäftsjahr des Stahltrüfts um 5,78 Prozent gestiegen, die arbeitsfähige Förderung jedoch um 11 Prozent. Wären im Bericht die unmittelbar an der Kohlenförderung beteiligten Arbeiter besonders angegeben, so würde sich eine noch um vieles höhere Steigerung der Koppleistung zeigen.

Nachdem man, ganz ungenau, alle Arbeiter des Stahltrüfts, die nicht Bergarbeiter sind, zu den Eisenarbeitern, so ergibt sich eine Erhöhung der Zahl dieser Arbeiter um etwa 9 Prozent. Demgegenüber ist die Hoheisenherzeugung im Monatsdurchschnitt des zweiten Geschäftsjahres des Stahltrüfts um 39 Prozent, die Kohlerzeugung um 34 Prozent, die Walzstahlproduktion um 29 Prozent gestiegen.

Es genügt, diese Vergleichszahlen anzuführen, um das sich auch in dem Geschäftsbericht breitmachende Geschwätz von der uner-

träglichsten Last der Löhne abzutun. Trotz einer gewissen Erhöhung der Arbeiterzahl sind

die Löhne und Gehälter,

die sich von 211 Millionen Mark im ersten Geschäftsjahr auf 941 Millionen Mark im zweiten Geschäftsjahr insgesamt gesteigert haben, auch nicht annähernd der Steigerung der Produktion, auf den Kopf des Arbeiters berechnet, gefolgt. Im Gegenteil ergibt die Gegenüberstellung von Produktion, Arbeiterzahl und Löhnen, daß die Ausplünderung der Arbeiter, über die der Stahltrüft schonenlos kommandiert, eine unerträgliche Höhe erreicht hat. Wenn der Geschäftsbericht weiter anführt, daß für den Steinkohlenbergbau Steuern und soziale Aufwendungen von 0,70 Mrk. 1918 auf 2,18 Mrk. im Jahre 1926 je Tonne sich erhöht hätten, wenn für die Tonne Kohle hierzulande diese Steigerung von 2,60 Mrk. auf 8,55 Mrk. gegangen sei, so dienen diese Zahlen nur der Stimmungsmache dafür, daß im Interesse der unbefähigten Profitmacherei das Monopolverhältnis von Steuern und sozialen Aufwendungen befreit werden müsse.

Auf dem Rücken seiner Arbeiter hat der Stahltrüft seine Rationalisierung durchgeführt. Die Produktionsziffern zeigen seine Erfolge. Wie er durch die kapitalistische Rationalisierung, mit der er seine Arbeiter frachtet, so denkt er durch seine überlegene Trüfterschaft seine Macht in den Kohle- und Eisenartikeln aus, macht er je immer mehr zu Organen seines Monopols, durch die er Kohlen- und Eisenproduktion nach seinen privaten Profitinteressen zu beschleunigen trachtet.

Die Beteiligung des Stahltrüfts

in rheinisch-westfälischen Kohlenzöndikat am 1. Oktober 1927 zeigt die folgende Tabelle:

Gesamtbeteiligung	35 746 620 Tonnen	= 21,76%
Kohlenverkaufsbeteiligung	25 439 100 "	= 18,63%
Kohleverkaufsbeteiligung	4 898 008 "	= 16,02%
Verkaufsbeteiligung	1 200 650 "	= 15,02%
Verbrauchsbeitrag	10 307 520 "	= 37,22%

Der Beteiligung sämtlicher Syndikatsmitglieder.

Die Kohlebeteiligung vergrößerte sich im Geschäftsjahr um 988 000 Tonnen für die Neuanlagen einzelner Zechen.

Schließlich äußert sich der Geschäftsbericht noch über die Neuanlagen hinreichend. Am besten Betrag hat er sein Kapital vermehrt. Vor allem handelt es sich um neue große Kotteln und moderne Hochofenanlagen, die die Leistungsfähigkeit des Stahltrüfts weiter steigern und seine Arbeiter noch mehr als bisher zum Sklaven einer unumkehrbaren mit gesteigerter Geschwindigkeit laufender Maschine machen.

235 Millionen Dollar Reingewinn bei General Motors

Das Berliner Zweigwerk des großen amerikanischen Automobilkonzerns General Motors Corporation ist in kürzester Zeit unter der Arbeiterschaft als ein Betrieb berüchtigt geworden, in dem bei niedrigen Löhnen besonders brutale und rücksichtslose Arbeitsmethoden eingeführt wurden.

Daß diese Betriebspolitik sich für die General-Motors-Aktionäre in Amerika rentiert, geht aus dem letzten Jahresabschluß hervor. Die General Motors Corporation hat hier einen Reingewinn von 235 Millionen Dollar gleich 987 Millionen Mark, also fast eine Milliarde Mark, für das Jahr 1927 aus. Dies ist der höchste in einer offiziellen Bilanz ausgewiesene Profit, den, abgesehen von dem Jahresabschluß des amerikanischen Stahltrüfts in der Zeit der profitabelsten Kriegsjahre (1916) bisher irgendeine Kapitalgesellschaft ausgewiesen hat. Im Jahre 1926 hatte der Reingewinn nur 177 Millionen Dollar, 1925 107 Millionen Dollar und 1924 45 Millionen Dollar betragen. Innerhalb von vier Jahren ist also eine rund 5-fache Steigerung des Reingewinns erfolgt.

Für das Geschäftsjahr 1927 werden die General-Motors-Aktionäre Dividendenzahlungen von 135 Millionen Dollar oder über eine halbe Milliarde Mark erhalten. Vergleibt, Staatsanleihen und andere sichere Mittel betragen am 31. Dezember 1927 208 Millionen Dollar. Im vergangenen Jahre ist gegenüber 1926 der Automobilverkauf um 28 Prozent gestiegen.



Die Spartätigkeit im Jahre 1927

Es wird wieder gepart. Die Einlagen im Jahre 1927 sollen etwa den Stand von Jahre 1894 erreicht haben. Angesichts ist nicht, wieweit die Arbeiter und Angestellten einzogt haben. Ihre Sparteiligkeit ist ja das Viehhaus. Bei den heutigen Lohnverhältnissen ist es der Arbeiterschaft unmöglich, zu sparen. Der Wochenlohn reicht noch nicht einmal zum Lebensunterhalt.

Steigende Einnahmen der Großagrarien

Das „Institut für Konjunkturforschung“ versucht in seinem neuen Vierteljahrsbericht die Lage der Landwirtschaft möglichst genau zu malen, muß aber folgende Aufstellung vorzulegen. Die Großagrarien für Weizen und Roggen betragen in den ersten sieben Monaten des Wirtschaftsjahres (Juli bis Januar) im Jahre:

Ertrag	Roggen:		Weizen:	
	je ha	Gesamt	je ha	Gesamt
1924/25	13,46	761,621	17,9	16,56
1925/26	17,13	851,899	18,1	342,567
1926/27	13,54	922,349	19,3	20,73
1927/28	14,54	1 064,999	22,7	467,053
				457,288
				286
				533,987
				306

Die Ertragsverträge für Weizen und Roggen sind also von Jahr zu Jahr gestiegen. Das Geschick von der allgemeinen Minderne im letzten Jahre, das der Landbau in seiner jetzigen Kampagne immer wieder erörtern läßt, wird mit obigen Zahlen genügend illustriert. Getreide und Roggen liefern für den Markt in erster Linie die Großagrarien und nur in geringem Maße die mittleren Bauern, während Kleinbauern meist Getreide zukaufen müssen. Trotzdem werden hunderte Millionen Staatsgelder der Großagrarien geschenkt, während die Kleinbauern leer ausgehen. Wer da hat, dem wird gegeben. Wie lange soll das noch andauern? Arbeiter und Bauern, wehrt Euch dagegen!

Vor der neuen Bauaison

Nach den Berechnungen des I.R. für Arbeit der I.G.S.R. wird die diesjährige Bauaison rund 1 200 000 Arbeiter erfordern. Die Bauorganisationen Moskaus bedürfen eines Bauarbeitersheeres von 116 000 Personen. Sie werden aus anderen Bezirken herangezogen werden.



..... riecht fein! was?

Na, natürlich

„SUPERIA“
die neue charaktervolle

Zigarette

53



Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,50 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Gesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, c/o W. G. Halle, Bergheldstraße 14.

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung
Der Rote Stern

Bezugspreis: 10 Pf. für den von 5000 n. Spalte; 70 Pf. im Zustell. Monatshefte sind zu richten nach Seite (Red.) 21046, (Verl.) 21047, (Verb.-Büro) 22251. Verlag: Adr.: Klassenkampf-Ges. Postkonto: Gommeg- und Privatbank Halle; Friedmann & Co., Halle. Postfach: 1068 65 Fritz Koch, Halle.

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Montag, 19. März 1928

8. Jahrgang + Nr. 67

Arbeiterklasse gegen Ausbeuterklasse Deutschnationale Wahlköder

(Eig. Drahtm.) Berlin, 19. März.

Die „Welt am Montag“ berichtet über eine Sitzung der deutschnationalen Führer am 10. März unter dem Vorsitz des Grafen Welfer. Unter anderem waren der Evangelische Arbeiterverein, der Deutschnationale Arbeiterbund, der Christliche Landarbeiterverband und der Deutschnationale Handlungshilfsverband vertreten. In dieser Sitzung wurde von den deutschnationalen Führern verlangt, daß sie unbedingt in soziales Programm herausgeben sollten, da es jetzt unmöglich sei, die Arbeiter in den Verbänden bei der Stange zu halten. In diesem Programm sollen der Achtstundentag im Prinzip anerkannt, formal von den Gewerkschaften abgelehnt werden und vor allem eine stärkere Beschäftigung deutschnationaler Arbeiter bei der Mandatsverteilung zur Reichstagswahl stattfinden. Was hat in dieser Sitzung dringend geraten, mit einer öffentlichen „Opposition“ bis nach den Wahlen zu warten, da man jetzt an die Wahlaktion gehen müsse. Die anwesenden Vertreter der genannten Organisationen sollten ihren Mitgliedern mitteilen, daß man ihre Wünsche „möglichst weitestgehend“ würde.

Die bisjährigen Wahlen fallen in einen Zeitabschnitt, der besonders durch die harte Linienentwicklung der Massen, durch das Abwandern von Hunderttausenden der Wähler von rechts nach links, durch eine steigende Radikalisierung besonders der Arbeiterklasse usw. gekennzeichnet ist. Diese Linienentwicklung spielt schon bei der Vorbereitung der kommenden Wahlen die Hauptrolle. Alle Parteien bemühen sich, diese Linienbewegung aufzufangen und vor allem zu verhindern, daß sie sich durch die Erhöhung der kommunistischen Stimmenzahl zugunsten einer revolutionären Arbeiterpolitik auswirkt. Darum versuchen die Deutschnationalen mit dem neuen Bluff eines „sozialen Programms“, mit der leeren Verheißung der „stärksten Berücksichtigung deutschnationaler Arbeiter bei der Mandatsverteilung“ die untreuen werdenden Wählerparteien von dem Marsch nach links abzuhalten. Natürlich überdies auch die Sozialdemokratie in der Auffassung von radikalen Protesten alles bisher Dagewesene. Doch dieser Wahrsinn vor dem schmutzigen Kuhhandel nicht zu verleben, der um die Kandidaturen für Reichstag und Landtag getrieben wird.

Auch im Bezirk Halle-Merseburg ist die Kandidatur der Kandidaten bei allen Parteien im vollen Gange. Als Belohnung für die Auslieferung der Arbeiter-Druckerei in Halle an den Hauptvorstand der SPD, will dieser unbedingt die Kandidatur des hallischen Geschäftsführers Müller durchdrücken. Der linke SPD-Sekretär Peters macht noch die letzten schwachen Versuche, das zu verhindern. Aber genau so wie er vor dem Parteivorstand bei der Auslieferung der Genossenschaftsdruckerei kapituliert hat, wird er auch in diesem Falle kapitulieren. Denn es geht um sein eigenes Mandat.

In der kommunistischen Partei ist dagegen die Aufstellung der Kandidaten in vollster Einmütigkeit vorgenommen worden. Die Partei ging bei der Aufstellung von dem Prinzip aus, daß nur im revolutionären Klassenkampf die mächtige Arbeiterklasse neben dem altbekannten und bisherigen Abgeordneten auf die Liste gestellt werden dürfen. Wenn wir heute unsere Kandidatenlisten zu den Reichs- und Landtagswahlen der Deutschnationalen übergeben, sind wir von vornherein schon der festen Überzeugung, daß sie genau so mit begünstigtem Beifall von der mittel-deutschen Arbeiterklasse aufgenommen werden, wie bei ihrer ersten Bekanntgabe auf dem außerordentlichen Parteitag in Halle.

Die kommunistische Partei ist die Partei der Ausbeuter und Unterdrückten, der Hand- und Kopfarbeiter. Sie ist aber auch die Partei des rückwärtslosen Kampfes gegen den Kapitalismus.

Wenn das mit irgend etwas bewiesen werden kann, dann besonders auch mit den nachstehend veröffentlichten Kandidatenlisten. Da steht neben Wilhelm Koenen und dem Betriebsratsvorsitzenden des Leuna-Werkes, der durch seine revolutionäre Arbeit besonders im Vergleich bekannte Genosse Hans Schröder, da steht neben dem Eisenbahner Gehhardt, dem Genossen Max Lademann

und dem Bergarbeiter Schlag der Zuchtanstalt, der alte Menzel, der durch seine Arbeit für die politischen Gefangenen sich ein bleibendes Denkmal bei der gesamten deutschen Arbeiterschaft gesetzt hat. Da steht aber auch Schulz-Neutöhl, der im Auftrag unserer Partei jahrelang im Ausland gewesen ist, jetzt aber nicht zurückkehren kann, weil ihm die Sorgen der deutschen Republik verfallen. Die Immunität wird ihm ermöglichen, seine organisatorische

Kraft, seine glänzende Redefähigkeit der deutschen Arbeiterschaft wieder zur Verfügung zu stellen.

Nehmt Stellung in den Betrieben, in den Gewerkschaften, Sports- und sonstigen Organisationen zu den Kandidaten der kommunistischen Partei. Bekannt Euch zu ihnen und organisiert mit uns den Wahlkampf so gründlich, daß er ein Sieg wird auf der ganzen Linie über Reformismus und Koalitionspolitik, über Trustkapital und Bürgerblut, für den Kampfblut der Werktätigen in Stadt und Land, für Lohnerhöhung und Achtstundentag sowohl wie für den Kampf um die Arbeiter- und Bauernherrschaft und den Aufbau des Sozialismus.

Die Arbeiterkandidaten der KPD.

Die vom außerordentlichen Parteitag für den Bezirk Halle-Merseburg einmütig gewählten und von der Plenartagung des Zentralkomitees Ende voriger Woche bestätigten Kandidaten der kommunistischen Partei Deutschlands für unseren Bezirk sind folgende Genossen:

1. Für den Reichstag kandidieren:

- Wilhelm Koenen, Halle-Berlin, Angestellter, Mitglied des Reichstages.
- Johannes Schröder, Halle-Jetz, Elektriker, Politischer Leiter der KPD im Bezirk Halle-Merseburg.
- Heinrich Schmitt, Halle, Eisenbahner, Betriebsratsvorsitzender von Leuna-Werk.
- Otto Brojomski, Gerbstedt, Bergarbeiter.
- Ida Voigt, Torgau, Hausfrau, Stadtverordnete und Kreisratsmitglied für Torgau.
- Albert Wöllner, Riechitz, Fabrikarbeiter, Betriebsratsvorsitzender in den Stiefstoffwerken.
- Erich Behnte, Halle-Wittenberg, Fabrikarbeiter, Schriftleiter am „Klassenkampf“.
- Richard Richter, Halle, Bäcker, Gauleiter des Roten Frontkämpfer-Bundes.

2. Für den Preussischen Landtag kandidieren:

- Gustav Menzel, Halle, Schuhmacher, der „Zuchtanstalt“ der preussischen Landtagsfraktion der KPD.
- Max Lademann, Halle, Metallarbeiter, Mitglied des Preussischen Landtages.
- Otto Schlag, Deumen, Bergarbeiter, Betriebsratsvorsitzender auf Grube Hedwig.
- Karl Schulz, Neutöhl, der bekannte frühere Landtagsabgeordnete.
- Hermann Gehhardt, Delfisch, Eisenbahner, Vorsitzender des Gewerkschaftsartikels in Delfisch.
- Otto König, Unterröblingen, Kommunal früherer Bergarbeiter.
- Karl Dertel, Halle, Angestellter, Vorsitzender des Bezirks-Arbeiter-Sportartikels.
- Gustav Naumann, Mühlberg a. d. E., Korbmacher, Landtagskandidat im Bezirk Torgau-Merseburg.
- Wilhelm Wollmann, Immenroth, Holzarbeiter, Kreisratsmitglied im Saalkreis.
- Wilhelm Saby, Ramin, Chemiarbeiter, Kreisratsmitglied im Kreise Bitterfeld.

19. 3. 28



Frei durch Tschitscherin Landes der deutschen Industrie

Zwei der deutschen Ingenieure freigelassen?

(WZB.) Moskau, 17. März.

Nach WZB. hat der Bolschewikminister des Innern Tschitscherin dem deutschen Posthalter mitgeteilt, daß Ingenieur Goldstein und Ingenieur Wagner freigelassen werden sind. Wann und ob die Freilassung der übrigen vier deutschen Ingenieure erfolgt, steht nicht fest.

(Eig. Drahtm.) Berlin, 19. März.

Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse macht einen untauglichen Versuch, die Freilassung von zwei der Verhafteten in der Sowjetunion, einen Ingenieur und einen Monteur, so zu schildern, als sei sie unter dem Druck der deutschen Drohungen erfolgt. Der „Vorwärts“ gibt sich die redliche Mühe, um zu beweisen, daß hier nicht nur ein „Siege des energiegelichen Schrittes der Reichsregierung“, sondern auch ein „Zusammenbruch der formaljuristischen Inkonsistenzen“ gegen die deutschen Ingenieure vorliegt. Demgegenüber sei noch einmal betont, daß die Freilassung der beiden Verhafteten auf Grund der Untersuchungsresultate, vollkommen unabhängig von den deutschen Forderungen, erfolgt ist. Die Sowjetregierung lehnt irgendwelche Einmischungen deutscher Regierungsstellen in die Untersuchung nach wie vor ab. Als Beweis dafür dient auch die Tatsache, daß die Sowjetunion den aus der Haft entlassenen Ingenieur Goldstein aus der Sowjetunion ausgewiesen hat. Er wird zusammen mit dem anderen freigelassenen Monteur heute die USSR verlassen.

Es gehört die ganze Demagogie der sozialdemokratischen Führer dazu, bezüglich der Freilassung die Lüge zu verbreiten, als hätten die sowjetischen Behörden damit ihre ganzen Anschuldigungen zurückgenommen.

Schafft Munition für den Wahlkampf

Zeichnet für den Wahlhonds der KPD., und fordert Marken und Listen durch die Parteileitungen an